

20. Jahrgang

Mai

4/93

Zitat

„Deutschlands Hochschulen aber lassen sich nicht einfach in Charts verpacken wie Popsongs oder Bestseller. Sie funktionieren nicht nach dem angelsächsischen Muster, nach dem der Rangplatz einer Hochschule sich etwa zu gleichen Teilen aus dem Etat, dem wissenschaftlichen Output und der studentischen Nachfrage ermitteln läßt. Und so ist Göttingen genausowenig Deutschlands beste Hochschule, wie Bremen die schlechteste ist, nur weil Professoren und Studenten dies glauben.“

„Die Zeit“ vom 23. April 1993 über die von „Stern“ und „Spiegel“ aufgestellten Ranglisten deutscher Hochschulen

Chance zur Rehabilitierung der Justiz selbst versäumt

Kritik am Ossietzky-Urteil des Bundesgerichtshofes / Neuer Start zur Wiederaufnahme? / Tagung in der Universität

Carl von Ossietzky juristisch rechtfertigen zu wollen, ist ein Widerspruch in sich, weil er Grenzüberschreitungen in seinem Einsatz für eine demokratisch und antimilitaristisch organisierte Republik für notwendig hielt - zumal in einer Republik, deren Staats- und Justizapparat durchsetzt war mit Funktionsträgern, die gezielt die demokratischen Strukturen ignorierten und zerstörten. Die Geschichte würdigt gerade diese Versuche Ossietzkys, sich gegen den unaufhaltsamen Gang in den Nationalsozialismus zu wehren.

Das ist eine der Thesen, die auf der Tagung am 24. April 1993 zum Urteil des Bundesgerichtshofes vom De-

zember 1992, die Wiederaufnahme des sogenannten Weltbühnen-Prozesses nicht zuzulassen, vertreten wurde (siehe uni-info 1/93). Der Friedensnobelpreisträger war 1931 in einem skandalösen, politischen Verfahren wegen angeblichen Landesverrats zu einer halben Jahrhundert Gefängnis verurteilt worden. 20 Juristen, Historiker, Politologen und Journalisten diskutierten in Anwesenheit von Rosalinda von Ossietzky-Palm in der Universität über das BGH-Urteil und darüber, ob man die Wiederaufnahme des Prozesses weiter betreiben soll.

Allerdings bleibt nur noch der Weg zurück zur „Startlinie“, weil die Anwälte bewußt die Frist verstreichen ließen, Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen das BGH-Urteil einzulegen. Als zu schlecht wurden die Erfolgsaussichten eingeschätzt.

Das BGH hat, ebenso wie die Erstinstanz, das Kammergericht Berlin, die Wiederaufnahme aus formalen Gründen verweigert. Es vermißte genügend neue Beweise, die - juristisch gesehen - allein eine Wiederaufnahme rechtfertigen würden - selbst dann, wenn bei alter Beweislage ein-

Freispruch zu erwarten wäre. Ossietzkys Anwälte Heinrich Hanover und Dr. Dr. Ingo Müller sehen in dieser Haltung eine erneute Verurteilung Ossietzkys zum Landesverräter, während OLG-Präsident Hartwin Kramer und Prof. Dr. Dieter Sterzel (beide Oldenburg) nur fehlenden Mut konstatieren, juristisches Neuland zu betreten.

Mit einer positiven Entscheidung hätte der BGH in der Tat ein Zeichen setzen und sich deutlich von der braun- und schwarzgefärbten Tradition der politischen Justiz abgrenzen können. Er tat dies nicht und hat es damit versäumt, einen Beitrag zur Rehabilitierung der Justiz selbst zu leisten.

Die DiskussionsteilnehmerInnen waren sich angesichts dieser Situation nicht einig, ob es sinnvoll ist, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu betreiben. Im Herbst soll es in Berlin ein erneutes Treffen geben. Bis dahin wollen sich die Politologen und Historiker einen Überblick darüber verschaffen, ob relevantes neues Material für den Weltbühnen-Prozeß beschafft werden kann. (Die Erklärung von Rosalinda von Ossietzky-Palm zum BGH-Urteil auf Seite 5).

Großes Theater mit erstaunlichen Methoden

Auf den Ranglisten von „Stern“ und „Spiegel“ belegt Oldenburg die Plätze 47 und 19

Wer den „Stern“ am 15. April aufschlug, konnte feststellen, daß die Universität Duisburg in einer Hals-über-Kopf zusammengestellten „rankinglist“ westdeutscher Universitäten auf Platz 45 von 51 Hochschulen gelandet war. Sie basiert auf einer Befragung von ProfessorInnen, die aufgefordert worden waren, nicht die eigene, sondern die anderen Hochschulen einzuschätzen. Der Osnabrücker Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Jürgen Kriz gab für die Umfrage seinen Namen her.

Zehn Tage später erschien die Rangliste des „Spiegel“, die aufgrund der Einschätzung von 12.000 StudentInnen über ihre Studiensituation zusammengestellt wurde. Hier belegte die Universität Duisburg Rang 2 von 49 Universitäten.

Bei der Oldenburger Universität war zwar der Sprung nicht ganz so groß, doch auch erheblich - von Platz 47 im „Stern“ auf den gehobenen Mittelpunkt 19 im „Spiegel“. „Wir wissen“, meint Präsident Prof. Dr. Michael Daxner, „daß die Ranglisten in keiner Weise die Wirklichkeit beschreiben, doch müssen wir davon ausgehen, daß sie Wirkungen haben und hochschulpolitisch genutzt werden. Insoweit müssen wir sie ernst nehmen.“

Als vor einigen Wochen dem Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Stefan Müller-Doohm der Fragebogen zur

StudentInnenticket

Oldenburg ganz hinten

Die Universitäten Göttingen und Oldenburg sind die einzigen großen Hochschulen in Niedersachsen ohne StudentInnenticket. Und es sieht nicht danach aus, als würde sich das zumindest in Oldenburg in absehbarer Zeit ändern. Ein Angebot der für die öffentlichen Verkehrsmittel zuständigen Oldenburger VWG, für 15 Mark pro Semester und Person freie Fahrt in den Stadtbusen zu ermöglichen, lehnte der ASTA ab. Die StudentInnenvertretung ist als Teilkörperschaft in dieser Angelegenheit alleinige Vertragspartnerin der VWG.

„Unakzeptabel“ nannte der ASTA das VWG-Angebot, weil die räumliche Anbindung der Universität ans Streckennetz miserabel und der Zeitpunkt der Busfahrten völlig unattraktiv sei. „Es ist kein Wunder, daß nur 0,7 Prozent die Fahrdienste der Stadtbusse in Anspruch nehmen“, meint Ökologiereferent Felix Kohn. Wenn der ASTA einer Erhöhung der Semestergebühren um 15 Mark zustimmen solle, müsse es schon erhebliche strukturelle Verbesserungen geben.

Dagegen erklärte VWG-Geschäftsführer Werner Peterhagen, die VWG habe ein sehr günstiges Angebot gemacht. Sie dürfe bei der Gestaltung des Fahrpreises auch nicht die anderen TeilnehmerInnen am öffentlichen Nahverkehr vergessen. Ein Einzelfahrtschein koste schließlich 2,--, während für das Studententicket lediglich 2,50 im Monat für unbegrenztes Fahren berappt würden.

Tatsächlich liegen die Gebühren für das StudentInnenticket in Hannover, Braunschweig und Osnabrück sehr viel höher als in Oldenburg. Nur im halb so großen Lüneburg zahlen die StudentInnen weniger: 14 Mark.

Im Gegensatz zum ASTA möchte der RCDs eine Urabstimmung in der StudentInnenschaft über das VWG-Angebot herbeiführen. Der ASTA dagegen will weiterverhandeln, um ein besseres Angebot zu bekommen. Ob die VWG zu neuen Verhandlungen bereit ist, steht allerdings in den Sternen. Denn das vorliegende Angebot kam auf höchster Ebene zustande: der Aufsichtsrat legte die Bedingungen fest.

Im Gegensatz zur Universität will der ASTA der Fachhochschule in einer Vollversammlung ein Votum der StudentInnenschaft herbeiführen und sich für das VWG-Angebot stark machen.

EG-Infomobil kommt

Unter dem Motto „Studieren in Europa“ veranstaltet die Vertretung der EG-Kommission in der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Bundesgesamt eine dreimonatige Informationsreise an deutsche Hochschulen. Im Sommersemester 1993 wird das Infomobil der EG-Vertretung insgesamt 45 Universitäten im gesamten Bundesgebiet besuchen.

Am 28. Mai steht es von 10.00 - 15.00 Uhr vor der Mensa (Uhlhornsweg). Wer sich über aktuelle Themen der EG informieren will, der wird beim

Infomobil-Team fachkundigen Rat finden.

Insbesondere sind Fragen zum Auslandsstudium und zu den EG-Bildungsprogrammen willkommen. Auf dem europäischen Arbeitsmarkt werden neben einer guten beruflichen Qualifikation Mobilität, Auslandserfahrungen und nicht zuletzt Fremdsprachenkenntnisse ein Plus für jeden Bewerber sein. Das Infomobil-Team gibt auch Auskunft über Studienmöglichkeiten in Europa und die Mobilitätsprogramme der EG.



Auf knapp über 2.100 erhöht sich die Zahl der Wohnheimplätze in Oldenburg nach Fertigstellung der Pferdemarktkaserne

Wohnraum in Citylage für StudentInnen

Studentenwerk erwirbt Pferdemarktkaserne für 3,35 Millionen / Weiteres Bauprojekt am Schützenweg

Was kaum jemand für möglich gehalten hatte, ist in Erfüllung gegangen: Das Studentenwerk hat die Pferdemarktkaserne für die Schaffung von StudentInnenwohnungen doch noch erwerben können. Und das für einen Betrag, der erträgliche Mieten ermöglicht: 3,35 Millionen Mark. 300 Plätze sollen in dem großen Gebäude entstehen. Der Umbau, mit dem im Sommer begonnen werden soll, wird knapp 10 Millionen Mark kosten. Die Fertigstellung ist für Ende 1994 geplant.

Als weiteres großes Projekt steht der Bau eines Wohnheims mit 240 Plätzen auf dem Rhein-Umschlag-Gelände am Schützenweg vor der Realisierung. Die alten Gebäude sind bereits abgerissen worden. Das 16-Millionen-Objekt soll im August 1994 bezugsfertig sein. Für die neuen Wohnheime gilt, ebenso für alle anderen Wohnheimplätze des Studentenwerks, eine Mietobergrenze von 350 DM.

Nach Fertigstellung der beiden Wohnheime wird es dann in Oldenburg 2.130 Wohnheimplätze geben.

Einblicke

Wissenschaft und Forschung an der
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg



Nr. 17

Die 17. Ausgabe des Forschungsmagazins EINBLICKE ist jetzt erschienen. Das farbig illustrierte Heft, das zweimal im Jahr erscheint, richtet sich vornehmlich an die außeruniversitäre Öffentlichkeit. Die Beiträge dieses Heftes:

- Sozialwissenschaften: Ledige Mutterschaft: eine alternative Lebensform? (Rosemarie Nave-Herz)
 - Physik: Identifikation von Stoffklassen in der Plasma-Desorptions-Massenspektrometrie (Eberhard Hilt, Wilfried Tuszyński u.a.)
 - Biologie: Ist Landschaft reparierbar? Konzepte und Möglichkeiten der Renaturierung von Agrarlandschaften (Peter Janisch, Rüdiger von Lemm, Rolf Niedrigaus)
 - Rechtswissenschaften: Staatsziele und soziale Grundrechte im Grundgesetz (Dieter Sterzel)
 - Geschichte: „...nach einer wohlgeplanten, der Seelennatur des Kindes conformen Methode unterrichten...“ 200 Jahre Lehrerbildung in Oldenburg (Hilke Günther-Arndt)
 - Psychologie & Gesundheit: Gesundheit braucht Gelegenheit. Strukturelle Maßnahmen der Gesundheitsförderung für MieterInnen (Wilfried Belschner, Jürgen Koch, Ernst Mastall)
- EINBLICKE ist im Buchhandel für 3 Mark zu erhalten.

„Amazonen sind auf geistigem Gebiet naturwidrig“

Probleme und Perspektiven von Nachwuchswissenschaftlerinnen / Arbeitskreis an der Universität gegründet

Zu Beginn des Jahrhunderts hielt Max Planck die Neigung zur Wissenschaft bei Frauen für etwas Widerwärtiges und ließ sie nur ausnahmsweise an Vorlesungen teilnehmen. „Amazonen sind auf geistigem Gebiet naturwidrig“, äußerte er einmal schlicht.

Heute zeigen die Statistiken: Die Hochschule ist wohl ein Ort für Studentinnen (in Oldenburg beträgt der Frauenanteil bei den Studierenden rund 48 Prozent), aber kein Ort für Frauen in gehobenen Positionen und schon gar nicht für solche, die in der Wissenschaft erst noch Karriere machen wollen. Trotz der öffentlichen Diskussion über Frauenförderung, trotz gesetzlich verankter Frauenförderpläne oder des vor knapp zwei Jahren initiierten Hochschulsonderprogramms („Möllemann II“) scheint in Oldenburg für Professorinnen eine Art „Fünf-Prozent-Sperrklausel“ zu geben und liegt der Frauenanteil bei den Dauerstellen im Mittelbau unter 25 Prozent. Irgendwo zwischen Examen und Professorat tut sich ein Bermudadreieck auf, in dem die Frauen verschwinden. Wo bleiben sie, die Nachwuchswissenschaftlerinnen? Und warum schrecken so viele Frauen vor einer Karriere in der Wissenschaft zurück? Wir finden die Frauen auf den unteren Stufen der Universitätshierarchie, mit einem Anteil von über 50 Prozent bei den wissenschaftlichen Hilfskräften mit Abschluß und bei

OFFIS als kompetenter Berater gefragt

Positive Bilanz ein Jahr nach der Gründung / Intensivere Kontakte mit dem „Kleinen Kreis“ angestrebt / Auch internationale Kooperationen / Erfolgreich auf der CeBIT

OFFIS, das im Sommer 1992 von Land, Universität und deren Informatik-Professoren gegründete „An-Institut“, hatte im April nach einer jährigen Pause erneut Universitätsleitung und Fachbereiche zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, um über die Entwicklung von OFFIS zu berichten. Dabei trug Prof. Dr. Hans-Jürgen Appelrath als Vorsitzender zunächst aktuelle „Unternehmensdaten“ und Projektbeispiele vor.

Insgesamt stehen nach Einschätzung des Vorstands, dem außer Appelrath noch die Informatik-Professoren Jensch und Kowalk angehören, die Chancen für OFFIS recht gut. Konträr zur eher rezessiven allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, die auch die DV-Branche erfaßt habe, seien auf der Basis innovativer Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durch die vom Land grundfinanzierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zunehmend Drittmittel-Projekte eingeworben worden. Ein massiver Einbruch dieser positiven Entwicklung stand zwar kurzzeitig durch erhebliche Mittelkürzungen des MWK für 1993 zu befürchten. Das konnte jedoch durch konzentrierten Einsatz aller Kräfte, insbesondere durch die Unterstützung des Verwaltungsrates, verhindert werden, so daß der kontinuierliche weitere Aufbau von OFFIS gesichert erscheint.

Diese Hoffnung gründet sich auch auf die recht erfreuliche Entwicklung bei den internationalen Aktivitäten, hier vorrangig von den Professoren Dr. Heinz-Werner Damm und Dr. Peter Jensch vorangetrieben. Das besondere Augenmerk richtet OFFIS aber satzungsgemäß auf die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Institutionen der Weser-Ems-Region. Hier allerdings hängen die Trauben recht hoch, d.h. es bedarf einer besonders intensiven Ansprache und Öffentlichkeitsarbeit, um den einschlägigen regionalen Interessen die Ziele von OFFIS zu vermitteln und den oft erst mittel- und langfristigen Nutzen für das eigene

Unternehmen deutlich zu machen. In letzter Zeit konnten jedoch einige regionale Erfolge in den Bereichen Medizin, Energieversorgung, Luftfahrt und bei verschiedenen Dienstleistungsunternehmen und öffentlichen Einrichtungen verbucht werden. Ein sehr erfolgreiches aktuelles Beispiel ist die geplante Beteiligung von OFFIS am Pilotprojekt „Niedersächsisches Krebsregister“.

Mittelständische Firmen und Großunternehmen lassen sich auch von OFFIS beraten, wenn Spezialkenntnisse über Hard- und Software-Ausstattungen sowie differenzierte An-

wendungssysteme benötigt werden. OFFIS ist hier nicht zuletzt wegen seiner Unabhängigkeit von Herstellern und Softwarehäusern als kompetenter Berater gefragt.

Ganz jung ist die Zusammenarbeit mit dem Marketing-Club Weser-Ems, nach einer OFFIS-Vorstellung wurde ein Intensiv-Workshop für den Herbst vereinbart. Außerdem erfreulich verlief Ende April eine Veranstaltung beim Arbeitgeberverband mit Vertretern des sogenannten „Kleinen Kreises“. Hieraus werden sich mit einiger Sicherheit weitere Kooperationen ergeben, die sowohl dem wissenschaftli-

chen Anspruch von OFFIS als auch der erwünschten regionalen Komponente gerecht werden.

OFFIS veranstaltete kürzlich auch gemeinsam mit der Bundesfachlehranstalt für Elektrotechnik (bfe) ein ganztägiges Fachseminar zum Thema „Software Engineering“ mit Prof. Dr. Ludewig von der Universität Stuttgart. Schließlich war OFFIS in diesem Jahr erstmals als selbständiger Aussteller auf der CeBIT vertreten. Die Präsentationen des Instituts auf dem OFFIS-Messestand fanden großen Anklang.

Symposion über deutsche Minnesänger

DFG-Projekt zur Erstellung eines Regestenwerkes angestrebt

Am 3. und 4. März fand an der Oldenburger Universität ein hochrangig besetztes DFG-Kolloquium zur Diskussion des Forschungsprojektes „Regestenwerk der deutschen Minnesänger des 12./13. Jahrhunderts“ statt. Ziel des interdisziplinären Symposions, dessen Leitung die DFG dem Oldenburger Altgermanisten Prof. Dr. Uwe Meves übertragen hatte, war es, Mittelalter-Historiker und germanistische Mediävisten zu gemeinsamen Gesprächen über Chancen und Möglichkeiten, Probleme und Grenzen eines solchen Projektes zusammenzuführen.

Die erste Gesprächsrunde befaßte sich mit der allgemeinen Bedeutung eines Regestenwerkes zu den Minnesängern für die Mediävistik. Auch wenn unterschiedlich weit gesteckte Erwartungen mit dem Projekt verbunden wurden, so stand für die anwesenden Forscher aus Deutschland, Österreich und der Schweiz die Wünschbarkeit und der zentrale Stellenwert eines Regestenwerks außer Frage: zum einen im Hinblick auf die zu erwartenden Auskünfte über den sozialen, geographischen und politischen Lebensraum der Dichter und ihrer Familien und zum anderen für die Erkenntnis des literarischen Be-

ziehungsgefüges insgesamt - wie die Vermittlungswege der literarischen Vorbilder, die Kontakte und persönlichen Beziehungen der Dichter untereinander sowie Hinweise auf Gönner, Auftraggeber, Publikum.

Der Historiker Bernd Ulrich Hucker (Veckta) leitete die zweite Gesprächsrunde mit einem Vortrag über „Quellenprobleme und Identitätsfragen aus sozialgeschichtlicher Sicht“ ein, in der methodische Fragen personengeschichtlicher Forschung im Mittelpunkt standen. Von germanistischer Seite aus schlossen sich Werkstattberichte zu einzelnen Minnesängern an, die in exemplarischer Weise Einblick gaben in die bei der konkreten Arbeit mit urkundlichen Zeugnissen und Regesten auftauchenden Fragen und Probleme, wie die Quellenlage, Auswertung der Urkunden, Unsicherheiten der historischen Identität der Minnesänger.

Auf der Grundlage der dabei zutage getretenen Erfahrungen wurde in einer abschließenden Gesprächsrunde die Diskussion über den Plan eines Regestenwerks weitergeführt und konkretisiert. Allgemeine Zustimmung fand der Vorschlag von Meves, das Fernziel „Regestenwerk der deutschen Minnesänger“ in kleineren

Etappen anzusteuern, wobei aus arbeitsökonomischen Gründen ein regionalgeschichtlicher Ansatz zu bevorzugen sei, der zudem eine intensive Zusammenarbeit mit Historikern ermögliche.

In seinem Schlußstatement empfahl der Germanist und vormalige Vizepräsident der DFG Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Stackmann (Göttingen) der eigentlichen Projektarbeit eine Experimentierphase voranzustellen. Er sprach den Wunsch aus, daß Meves die Aufgabe der Erstellung eines Minnesänger-Regestenwerks übernehmen möge. Prof. Dr. Josef Fleckenstein, emeritierter Direktor des Max-Planck-Instituts für Geschichte und Präsident der Göttinger Akademie der Wissenschaften, schloß sich seinem Vorrredner uneingeschränkt an und befürwortete von der historischen Seite aus ebenso das Projekt. Wenn auch noch ein tertium comparationis für die Zusammenarbeit von Germanisten und Historikern fehle, so seien doch besondere Erwartungen geweckt worden. Nicht nur, daß Forschungslücken offenbar würden, es würden auch bisherige historische Arbeiten zur Ministerialität und Regionalgeschichte fortgesetzt und ergänzt werden. G.M.

se getreten, die Frauen nach wie vor von Spitzenpositionen in der Wissenschaft ausschließen.“ Die „Diskrettheit“ solcher Diskriminierungen, sichtbare und unsichtbare Barrieren für Nachwuchswissenschaftlerinnen werden im folgenden umrissen:

• Frauen sind sowohl während der Promotion als auch danach materiell schlechter abgesichert als ihre Kollegen. Meistens finanzieren sie sich über weder zeitlich noch finanziell ausreichende und sozial unabgesicherte Stipendien, bei Arbeitsverträgen verhindert die Befristung, daß Frauen eine kontinuierliche wissenschaftliche Perspektive aufbauen können. Die Mittelkürzungen bzw. Verlagerungen im Hochschulbereich verstärken die Tendenz.

• Für Nachwuchswissenschaftlerinnen, die über keinen Arbeitsplatz, keinen Raum an der Hochschule verfügen, z.B. weil ein Stipendium keinen Anspruch auf einen Arbeitsplatz beinhaltet, ist die Einbindung in das Netzwerk Wissenschaft, in ein soziales Netzwerk von KollegInnenbeziehungen erschwert.

• Bekannt zu sein, Beziehungen zu haben, das sind neben den wissenschaftlichen Leistungen wesentliche Pluspunkte für eine Hochschulkarriere. Wie in anderen Bereichen gibt es auch hier „old boys networks“, Zitierkartei und Seilschaften, kurz ein soziales Netz im Forschungsbereich, durch das Frauen öfter fallen als Männer. Der Einbruch in solche

Männerclubs ist für Frauen außerordentlich schwer. Und zu den psychologischen Gründen, die die Karrierechancen der Frauen behindern, zählt auch der Mangel an weiblichen Vorbildern: Wer immer nur Männer als Vorbilder erlebt, der fehlt Identifikationsmöglichkeiten, die das weibliche Selbstbewußtsein stärken können. Eine Rolle spielt hier ein Phänomen, das im englischen als „selfselection“ bezeichnet wird: Doktorandinnen halten sich nicht für gut genug, die nächste Stufe der Karriereleiter zu erklimmen.

• In der Regel überkreuzt sich die entscheidende Weichenstellung für eine wissenschaftliche Karriere mit der Phase der Familiengründung. Der Mangel an Kindergarten- und Hortplätzen verschärft die Mehrfachbelastung von Frauen in Beruf und Familie.

Die Auflistung zeigt, daß die Barrieren für Nachwuchswissenschaftlerinnen mehrschichtig sind: Strukturelle und traditionelle Rahmenbedingungen verschärfen sich mit subjektiven Verarbeitungs- und Anpassungsprozessen und erschweren den Frauen sowohl die Entscheidung für eine Promotion als auch das wissenschaftliche Arbeiten selbst. Um Frauen an der Hochschule den „Weg nach oben“ zu ebnen, ist die Beseitigung offener und versteckter Diskriminierungspraktiken und die Veränderung der Arbeits- und

Qualifizierungsbedingungen erforderlich.

Ein Schritt in diese Richtung ist der Arbeitskreis Nachwuchswissenschaftlerinnen, der sich am 3. Mai um 18 Uhr in der Gleichstellungsstelle der Universität trifft. Dieser Arbeitskreis soll ein Kontakt- und Informationsnetz sein, und Zielsetzungen und Strategien zur politischen Einmischung entwickeln.

Sabine Toppe

UNI-INFO

Herausgeber: Pressestelle der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-2417, Telex: 25655 unol d, Telefax: (0441) 798-2435; Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Irene Müller, Gudrun Pabst, Dr. Andreas Wojak; Satz: Claudia Bürger; Druck- und Anzeigenverwaltung: Officina-Druck, Posthalterweg 1b, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 776060, Telefax: (0441) 776065. ISSN 0943-4399

Uni-Info erscheint in der Vorlesungszeit jeweils zum Monatsanfang. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. LeserInnenbriefe sollten nicht mehr als 50 Zeilen á 30 Anschlägen umfassen. Uni-Info wird auf naturweißem Papier aus 100% Altpapier gedruckt.

Kurz notiert

Anträge auf Zulassung zur Diplomarbeit und mündlichen Prüfung nach der alten Prüfungsordnung im Bereich der Wirtschaftswissenschaften/BWL müssen bis spätestens 28. Mai 1993 vorgelegt werden.

Der Universitätschor und das Universitätsorchester suchen für das Sommersemester SängerInnen bzw. InstrumentalistInnen. Der Chor probt jeden Dienstag um 20.00 Uhr in der Aula, das Orchester donnerstags um 19.30. Die Proben finden in der Aula statt. Beim Orchester stehen auf dem Programm „Peter und der Wolf“ sowie „Karneval der Tiere“ von Saint Saens, beim Chor u.a. Werke von Beccaria-Schmidt.

Maike Surminski gehört zu den AutorInnen der Studie „Utopie und Realität beim Umweltschutz in der Universität“ (uni-info 3/93)

Das Oberlandesgericht und das Juristische Seminar veranstalteten gemeinsam am 30. April eine Vortragsveranstaltung mit dem Generalanwalt beim Hohen Rat der Niederlande, Prof. Dr. Arthur Hartkamp (Den Haag), zum Thema „Das Schuld- und Sachenrecht des neuen Niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuchs aus vergleichender Sicht“.

Die Stadt Oldenburg hat ihren mit 12.000 Mark dotierten Kinder- und Jugendbuchpreis für das Jahr 1993 ausgeschrieben. Einschluss ist der 15. Juni 1993. Der Preis wendet sich an deutschsprachige AutorInnen und IllustratorInnen.

Mehr als 70 Sport- und Bewegungsformen sowie zahlreiche Sonderveranstaltungen werden im Sommersemesterprogramm des Hochschulsports angeboten. Bezug: Geschäftsstelle des Hochschulsports.

Unter dem Titel „Hochschulen in Niedersachsen '93“ ist eine vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur herausgegebene Broschüre erschienen, in der alle niedersächsischen Universitäten, Fachhochschulen und staatlich anerkannten Hochschulen vorgestellt werden. Bezug: Pressestelle.

Die Eintrittspreise im Uni-Bad werden aufgrund einer Regelung des Landes erhöht. Der Eintritt kostet für Erwachsene 3,25 Mark, ermäßigt 2,50 Mark.

Für das Musikstudium ist künftig - mit Ausnahme des Magisterstudienganges - eine Aufnahmeprüfung erforderlich. Die neue Regelung gilt bereits ab Wintersemester 93/94. Aufnahmeprüfungen finden in der ersten Juli-Hälfte statt.

Erfolgreiche Präsentation

Überaus erfolgreich hat sich das CAD-Trainingszentrum der Universität während der CeBIT auf dem Stand der Firma Autodesk präsentiert. Die Gruppe um Dr. Gert Reich (Studiengang Technik) schuf für die Yachtwerft Gillhaus & Schmidt die Möglichkeit, den Bau einer Yacht mit Hilfe spezieller Software auf dem Rechner als fotorealistisches Bild darzustellen. Geplant waren täglich zwei Vorführungen, tatsächlich mußte das Team bis zu sechsmal auf dem Monitor mit 1,7 Meter Durchmesser ran, um das Informationsbedürfnis zu befrieden.

Ehrendoktorwürde für Gewerkschafter

Wolfgang Schultze wegen seiner hervorragenden Verdienste in der Bildungsarbeit ausgezeichnet



Wolfgang Schultze, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, ist am 28. April wegen seiner hervorragenden Verdienste in der Bildungsarbeit zum Ehrendoktor des Fachbereichs 1 Pädagogik ernannt worden.

Der Gewerkschafter, der maßgeblich am Zustandekommen des Kooperationsvertrages zwischen der Universität und dem DGB-Landesbezirk Niedersachsen beteiligt war und jahrelang den Kooperationsausschuß geführt hat, habe wie kaum ein anderer Gewerkschafter in der Weiterbildung vorausgedacht, heißt es in der Begründung des einstimmigen Beschlusses des Fachbereichsrates. Der gelernte Werkzeugmacher begann seine gewerkschaftliche Karriere als DGB-Jugendsekretär 1959 in Hannover. Schon früh wandte er sich als Funktionär der Bildungsarbeit zu, gehörte von 1962 bis 1982 dem Vorstand der Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“ an, zehn Jahre davon als Vorstandsvorsitzender. Schon in den 60er Jahren suchte er den Kontakt zu den Hochschulen. Das war ein ganz ungewöhnlicher Schritt, weil auf beiden Seiten die Vorbehalte damals sehr groß waren. Zusammen mit Wissenschaftlern der Universität Göttingen und der PH Oldenburg erarbeitete er Konzepte zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und zur Durchführung von Praktika für Lehramtsstudenten, die das Arbeitsleben in den Betrieben kennenlernen sollten. Aus dieser Zusammenarbeit erwuchs die erste Kooperationsvereinbarung im Jahr 1974.

Als Mitglied der Hochschulstrukturkommission des Landes Niedersachsen und der vom Wissenschaftsministerium eingesetzten Kommission zur Begleitung des Modellversuchs der Technischen Universität Hannover in den 70er und 80er Jahren, machte er sich mit der Hochschulpolitik und dem Innenleben der Universitäten vertraut. Und nicht zuletzt dieser Einblick führte ihn zu der Überzeugung, daß die Zukunft der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der wissenschaftlichen Weiterbildung liege, da Innovation in der immer komplexer werdenden Industriegesellschaft auch eine Bildungsaufgabe ist.

Besonders trifft dies für die IG Chemie-Papier-Keramik mit ihrem immer höheren Anteil von AkademikerInnen zu. Diese Gewerkschaft wählte

ihm 1982 zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden. In dieser Funktion leitete er u.a. das Qualifizierungs- und Beratungsprojekt „Stoffe und Gesundheit“, war Mitbegründer der Stiftung „Arbeit und Umwelt“ und Initiator der Gesellschaft zur Information von Betriebsräten über Umweltschutz in der chemischen Industrie. Bildung sei für Wolfgang Schultze, einem hervorragenden Kenner und Erforscher der Geschichte der Erwachsenenbildung, zum Inhalt der Politik geworden, und Politik sei für ihn immer eine Aktionsform von Bildung. Mit dieser Auffassung habe er bedeutende, aber nicht viele Vorgänger, erklärte der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke.

Studium Generale:

Mehr Frauen als Männer

Die Fächer Geschichte, Theologie, Sozialwissenschaften und Psychologie stehen in der Gunst der GasthörerInnen der Universität Oldenburg im Rahmen des Studium Generale ganz vorn. Vor allem Frauen (62 Prozent) und Menschen über 45 Jahre (65 Prozent) nutzen die Möglichkeit, an Vorlesungen, Seminaren, Kolloquien, Übungen und Projekten teilzunehmen. Im vergangenen Wintersemester registrierte das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW), das das Studium Generale organisiert, über 300 GasthörerInnen, die für das umfangreiche Bildungsangebot lediglich 70 DM pro Semester zahlen müssen.

Auch im Sommersemester stehen mehr als 100 ausgewählte Veranstaltungen des regulären Lehrbetriebes für das Studium Generale zur Verfügung. Sie sind in einem eigens dafür hergestellten Vorlesungsverzeichnis zusammengefaßt. Die Auflage von 600 war in wenigen Tagen vergriffen.

Antrittsvorlesung Philosophie

Prof. Dr. Michael Sukale, im vergangenen Jahr neu berufener Hochschullehrer für Philosophie, hält am 13. Mai um 18.00 Uhr im BIS-Vortragssaal seine offizielle Antrittsvorlesung zum Thema „Wahrnehmen und Erkennen“.



Sandkastenidyll am Küppersweg: „Paß mal auf, Herr Fotograf, sonst kruste 'ne Sandkugel an'n Kopf!“ Foto: Gölitz

Geschafft: Das erste Vierteljahrhundert

Studentenselbsthilfe-Kindergarten ist nicht nur ein Ort, um Kinder unterzubringen

Seit nunmehr fünfundzwanzig Jahren werden Kinder im Studentenselbsthilfe-Kindergarten betreut, der heute in einem alten Bauernhaus auf dem Standort Wechloy (Küppersweg) untergebracht ist und nahezu 80 Kindern nicht nur von StudentInnen, sondern auch anderer Bevölkerungskreise Platz bietet. Am 16. April 1968 nahm der von Mitgliedern der damaligen Pädagogischen Hochschule gegründete Förderverein die Arbeit auf. Zunächst wurden die ersten 15 Kinder in einem Haus an der Tannenkampstraße betreut, das die GSG dem Verein kostenlos zur Verfügung gestellt hatte. Sehr schnell aber reichte der Platz nicht aus. In der Meinardusstraße und später in der Hauptstraße wurden für eine zweite Gruppe Räume angemietet. 1981 bezog der Kindergarten sein jetziges Domizil, das ursprünglich abgerissen werden sollte und in zweijähriger Eigenarbeit von den Eltern umgebaut wurde. Seit Dezember 1992 werden nach einem weiteren Um- und Ausbau vier Gruppen betreut - 20 Kinder pro Gruppe.

Erwartet wird von den Eltern eine aktive Mitarbeit auf den regelmäßigen Elternabenden. Der Selbsthilfe-Kindergarten versteht sich als eine familienorientierte Einrichtung, und nicht als ein Ort, um Kinder lediglich „unterzubringen“. Die anregende Einrichtung des Hauses und das große Außengelände bieten ideale Bedingungen, kreative Bedürfnisse und Wünsche der Kinder aufzunehmen.

Gefeiert wird das Jubiläum vom 11. bis 13. Juni 1993. Vorgesehen sind Veranstaltungen mit den ehemaligen Kindergartenkindern, ein Konzert für Kinder mit dem Universitätsorchester (u.a. Peter und der Wolf) und ein Empfang mit den Gründungsmitgliedern des Vereins.

Es bleibt bei Planung für Ingenieurwissenschaften

Umsetzung nur mit Bundesfinanzierung möglich / MWK beantwortet kleine Anfrage im Landtag

Die Landesregierung hält an ihren Planungen fest. Diese könnten allerdings nur umgesetzt werden, wenn geklärt ist, daß sich der Bund an der Finanzierung im Rahmen des Hochschulbauförderungsgesetzes im erforderlichen Umfang beteiligt.“ Das betonte das Wissen-

schaftsministerium in seiner Antwort auf die kleine Anfrage des Oldenburger CDU-Abgeordneten Josef Dierkes, der wissen wollte, ob die Landesregierung an ihren Planungen zur Einrichtung eines ingenieurwissenschaftlichen Studienganges für die Universität festhalte oder bereits eine zeitliche Streckung bzw.

Alternativen erwäge. Nach Auskunft des Ministeriums ist beides trotz Haushaltsschwierigkeiten nicht vorgesehen. Von den benötigten 110 Stellen für die Ingenieurwissenschaften seien bereits 62 in die mittelfristige Finanzplanung bis 1996 aufgenommen, heißt es in der Antwort weiter. Ob der Bund in die Finanzierung des 100-Millionen-Investitionsprojektes einsteigt, hängt letztlich vom Votum des Wissenschaftsrates ab. Wenn er die Einrichtung der Ingenieurwissenschaften in Oldenburg empfiehlt, wird sich der Bund mit 50 Prozent an den Baukosten beteiligen.

Kongreß „200 Jahre Lehrerbildung“

Unter dem Thema „200 Jahre Lehrerbildung - Zwischen Aufbruch, Stillstand und Rückriss“ findet am 4./5. Juni 1993 in der Universität ein Kongreß statt, in dem es um Geschichte und Zukunft der Lehrerbildung geht. Anlaß sind zwei Jubiläen: die Einrichtung des ersten Oldenburger Lehrerseminars 1793 und die Aufnahme des Lehrbetriebs der Oldenburger Universität mit der Einphasigen Lehrerausbildung 1973.

vierung: Lehrerbildung im Nationalsozialismus“).

Noch bis Ende Mai wird im Stadtmuseum die Ausstellung „Von Seminar zur Universität - 200 Jahre Lehrerbildung in Oldenburg“ gezeigt, die von Prof. Dr. Hilke Günther-Arndt, Dr. Klaus Klattenhoff und Dr. Friedrich Wißmann gestaltet wurde. Zudem wird die Ausstellung vom 4. bis 11. Juni im Vortragssaal der Universitätsbibliothek zu sehen sein.

Fahrradladen

Tourenräder, Mountainbikes, Rennmaschinen

Alexanderstr. 201 (gegenüber dem Schulweg) ☎ 882839

VERITAS
Weinhandlung

Hauptstraße 30
2900 Oldenburg
Tel. 0441/50 8100

ARTPLAKAT

DIE KUNST
HANDLUNG
& RAHMEN
GALERIE

GASTSTR. 21 · OLDENBURG
TEL. 0441 - 7 67 56



Zur Ausstellung im Wilmersdorf Museum (Berlin) gehört auch ein „Stürmerkasten“ (links), mit dem viele Juden beklemmende Erinnerungen verbinden. - So manche der ehemaligen SchülerInnen erkannten sich und andere wieder (rechts) Foto: wj

Teil jüdischer Überlebensgeschichte

Oldenburger Forscherteam konzipierte eine Ausstellung über die Private Waldschule Kaliski, die ihre SchülerInnen auf die Auswanderung vorbereitete

Die Geschichte einer jüdischen Schule im Nationalsozialismus, die durch ihr Wirken einen Großteil der Schüler vor dem Holocaust zu bewahren vermochte und ihnen half, eine jüdische Identität zu entwickeln, ist das Thema einer Ausstellung, die am 21. April 1993 im Wilmersdorf Museum (Berlin) eröffnet wurde. Der Titel: „Insel der Geborgenheit - Die Private Waldschule Kaliski in Berlin 1932 bis 1939: Leben und Überleben einer jüdischen Schule im Nationalsozialismus“. Bei der Eröffnung waren zahlreiche ehemalige SchülerInnen und Schüler vor allem aus den USA, Großbritannien und Israel zugegen.

Die Ausstellung ist von Dr. Hertha Luise Busemann, Dr. Werner Fölling und Dr. Andreas Wojak (Universität Oldenburg) in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Wilmersdorf entwickelt worden. Sie wird von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin gefördert. Vorausgegangen war ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziertes Forschungsvorhaben unter der Leitung von Prof. Dr. Michael Daxner, dessen Ergebnisse in dem Buch „Insel der Geborgenheit“ publiziert sind (Metzler Verlag, Stuttgart/Weimar 1992). Weitere Ausstellungsorte nach

Berlin sind vermutlich New York und Jerusalem und wahrscheinlich auch London.

Die Kaliski-Schule wurde 1932 von der heute in New York lebenden jüdischen Lehrerin Lotte Kaliski als weltliche überkonfessionelle Institution gegründet. Vorbild war das Reformkonzept der Waldschulen mit den Prinzipien Freiluftunterricht, Gartenarbeit und Koedukation. Nach der nationalsozialistischen „Machtübernahme“ war ein Weiterbestehen nur als explizit „jüdische“ Schule möglich, d.h. alle nichtjüdischen Schüler und Lehrer mußten entlassen werden. Trotz deutlicher Hinwendung zum Judentum „überlebte“ im Unterrichtsprogramm auch die Aufklärung und die deutsche Klassik (Lessing, Kant usw.), die die „arischen“ Kinder auf den öffentlichen Schulen, wenn überhaupt, nur noch verstümmelt kennengelernt. Mit speziellen Kursen zur englischen Hochschulzulassung wurde gezielt auf die Auswanderung vorbereitet.

Die Schule, die auf ihrem Höhepunkt 1938 von knapp 400 Schülern besucht wurde, mußte sich Zeit ihres Bestehens Angriffen von Nachbarn und

Behörden erwehren. Nach dem Pogrom im November 1938 vermochte sie ihre Schließung nicht mehr zu verhindern. Den meisten Schülern und Lehrern gelang die Flucht bzw. Emigration ins Ausland, vor allem nach Palästina, Großbritannien und in die USA. Die, die nicht aus Deutschland flüchten konnten, wurden größtenteils Opfer des Holocaust. Die heute noch lebenden Schüler haben die Schule als „Insel“ und „Oase“ in der Wüste der nationalsozialistischen Barbarei in Erinnerung. Trotz aller furchtbaren Zeitumstände gelang es den Lehrerinnen und Lehrern, den Kindern eine unbeschwerliche Schulzeit zu bieten. Sie gaben ihnen einen Raum, in dem sie ihre Würde aufzubauen und bewahren konnten. „Die Schule war, neben ihrer pädagogischen Besonderheit, ein wichtiger Bestandteil der Überlebensgeschichte in der Nazizeit und der jüdischen Rettungsgeschichte für eine Gruppe jüdischer Deutscher.“ (Michael Daxner)

Die Ausstellung wird bis zum 30. Juli 1993 gezeigt. Öffnungszeiten: montags bis freitags 10 bis 17 Uhr (Hohenzollerndamm 177, 1000 Berlin 31).

Kritisches und Utopisches

Ältere Studierende nehmen ihren Studienalltag unter die Lupe / Zu wenig „Information“?

Unter dem Thema „Zukunfts werkstatt Ältere Studierende an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg“ veranstaltete das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) kürzlich ein Seminar, das von zwei Studierenden der Pädagogik geplant und durchgeführt wurde. Ziel war, sich mit Phantasie und Kreativität mit dem eigenen Studienalltag auseinanderzusetzen.

In der ersten Phase wurde von den TeilnehmerInnen alles gesammelt, was ihnen an Kritik zu ihrem Studienalltag einfiel. Unter anderem ergaben sich folgende Punkte: zu wenig Öffentlichkeitsarbeit der Universität speziell für ältere Menschen, fehlende Studieneingangsphase, keine ausreichende Interessenvertretung, zu wenig Information über wissenschaftliche Arbeits techniken und Arbeitshilfen, keine gesellschaftliche Anerkennung der Studienleistung, schlechte Organisation (zu wenig Kopierer, Computer, Parkplätze usw.), überfüllte Seminare.

Nachdem alle ihrem Ärger Luft gemacht hatten, ging es vor dem Hintergrund der gesammelten Kritiken darum, ungeachtet der Realität „Utopien“ zu entwickeln. Es wurden folgende Wünsche und Vorschläge geäußert: Werbung für die Universität in allen Medien, Anerkennung der Lebens- und Berufserfahrung älterer Menschen (damit diese z.B. auch ohne Abitur ein Studium abschließen können), mehrere Einführungsveranstaltungen, kleine, freundliche Seminarräume, Räume für Kommunikation, Sport und Spiel, Dachgarten auf dem AVZ und vieles mehr.

In der anschließenden Strategiephase ging es schließlich um die Umsetzung der Utopien in die Realität. So überlegten sich die TeilnehmerInnen und Teilnehmer, daß in allen regionalen Zeitungen Informationen über das Studium in Oldenburg veröffentlicht werden sollen, daß es zu Beginn jeden Semesters eine ganze Woche Einführungsveranstaltungen geben soll und daß eine Wissensbörse, in der allgemeine Hinweise und fachspezifische Hilfen weitergegeben werden können, eingerichtet werden soll.

Es gibt weitere Treffen der „offenen Arbeitsgruppe Zukunftswerkstatt“. Informationen beim ZWW (Tel: 798-4420).
Regina Rieck

Performance ZEIT

Performance ZEIT - so heißt eine Aktion und Ausstellung einer Gruppe von Studierenden des Faches Kunst, die am Montag, dem 24. Mai, um 18.00 Uhr in der zukünftigen Galerie der Universität (ehemalige Kegelbahn des Studentenwerks hinter dem Unikum) eröffnet wird. Vorgeführt werden konzeptuelle Aktionen, Bilder, Objekte und Installationen zum Thema „Zeit“, die in einer Übung, angeboten von Gert Selle und Jens Thiele, entstanden sind. Die Performance findet nur zur Eröffnung am Montag statt. Die Ausstellung ist vom 25. bis 28. Mai täglich von 12.00 bis 14.00 Uhr sowie am Mittwoch bis 18.00 Uhr geöffnet.

„Dieser Urteilsbeschuß hat mich sehr schockiert“

Erklärung von Rosalinda von Ossietzky-Palm zur Entscheidung des BGH (gekürzt)

Die schwedische Tageszeitung „Dagens Nyheter“ (15.02.93) stellte . . . die aufrichtig gemeinte Frage, „warum Rosalinda von Ossietzky-Palm sich überhaupt darum bemüht, ihren Vater um jeden Preis juristisch rehabilitiert zu bekommen“. Denn es sei doch eines völlig unbestritten: „Carl von Ossietzky ist seit langem rehabilitiert - moralisch, ethisch, politisch, historisch. Er wird in Ost und West verehrt. . . Ein Carl von Ossietzky hat eine juristische Rehabilitation nicht nötig. Es ist das deutsche Rechtswesen, das rehabilitiert werden muß - und es war deshalb sehr unklug, daß dessen Repräsentanten die hier gebotene Chance nicht nutzten, vor der Welt zu zeigen, daß die Richterschaft des neuen Deutschlands sich eindeutig von der reaktionären, nationalistischen Denkweise ihrer Vorgänger, die das Urteil gegen Ossietzky 1931 geprägt hatte, distanziert.“

Diese nüchterne Feststellung ermutigt in der Sache - aber da ist noch etwas anderes, über das ich in letzter Zeit viel nachgedacht habe. Jeder Journalist, jeder Lehrer, jeder Politikwissenschaftler, jeder Aktivist in einer Bürgerbewegung, jeder wissbegierige Mitmensch, der im Jahre 1995, im Jahre 2000, im Jahre 2030 in einem Lexikon nachschlagen will, wer Carl von Ossietzky war und was er getan hat, als er unter den Lebenden war, wird auf seine rechtsgültige Verurteilung wegen Landesverrats stoßen, ausgesprochen im Jahre 1931 . . .

Auch deshalb warteten wir alle natürlich auf einen Freispruch meines Vaters durch den Bundesgerichtshof. Aber die Herren Richter gruben offenbar darüber nach, wie sie einen Pazifisten und Demokraten von damals noch einmal verurteilen könnten. Mit Hilfe formaler, traditioneller Rechtsanwendung konnte das Urteil von 1931 noch einmal „aktualisiert“ werden. Ausschlaggebend war die Treue zum Staat, damals wie heute, egal woher sie 1933 führte und welche Konsequenzen sie hatte. Das Urteil von 1931 war eine Machtdeemonstration gegenüber einem Mitbürger, der nichts anderes wollte, als sein Land vor der rapide herannahenden nationalsozialistischen Diktatur und dem Krieg zu warnen.

Die politische Justiz konnte mit der Anwendung ihrer Rechtsprechung Carl von Ossietzky mundtot machen, seinen persönlichen Einfluß und den der Weltbühne verringern und ihn vor der Öffentlichkeit mißkreditieren. Gegen alle Vermutungen kam es jetzt wieder zu demselben Urteilsbeschuß, ein Beweis der in diesem Fall noch heute wirksamen politischen Justiz. Solange dieses Urteil existiert, ist eine politisierte Rechtsanwendung gegen Ideale wie die meines Vaters immer noch möglich, und niemand kann vor einem politischen Urteil sicher sein.

.... Die Republik hätte sich zu einem neuen Geist bekennen müssen. Sie hat es versäumt, als es Zeit war. Sie hätte einen Strich machen müssen unters Vergangene - sie zogen einen dicken, weithin sichtbaren Bindestrich.“ (Carl von Ossietzky, aus: „Die Sünde der Republik“, in der Zeitschrift „Nie wieder Krieg“, März 1921)

Dieser Urteilsbeschuß hat mich sehr schockiert, weil ich ein ganz anderes Deutschland - Land und Menschen - schon seit vielen Jahren kennengelernt habe. Sonst hätte ich eine Wiederaufnahme kaum erwartet und auch keine Hoffnung auf eine Rehabilitierung gehabt. Abgesehen von finanzieller Wiedergutmachung muß es auch eine Wiederherstellung der Ehre geben: Das war ein sehr wichtiger Punkt für den ehrlichen, offenen, anständigen Redakteur, der mein Vater war. Er kämpfte mit offenem Visier. Zivilcourage war sein Aushängeschild. Es ist traurig und unverzeihlich, daß man den Menschen Carl von Ossietzky und seine Motive nicht positiv bewertete. Formalistisch verlangte man weitere Fakten. Menschliches und geschichtliches Verstehen waren hierbei ganz ausgeschlossen. Eventuelle Schäden dieses sogenannten Landesverrats stehen in keinem Verhältnis zu den Schäden, die Land und Menschen nach der nationalsozialistischen „Machtübernahme“ erleiden mußten. Die persönliche Stellungnahme blieb aus, die einsichtslose Beurteilung war das Fazit.

Die Richter diskriminierten durch ihre Rechtsprechung die friedliebende und demokratisch denkende und fühlende Bevölkerung in ihrem Land. Sie diskriminierten Menschen, die wie in Oldenburg ihrer Universität den Namen Carl von Ossietzky verliehen haben, Schulen, Bibliotheken, die Universitätsbibliothek in Hamburg, Gemeinden, die Straßen nach ihm benannten . . . Der Mensch Carl von Ossietzky hat durch seine Persönlichkeit auf vielen Gebieten eine unwahrscheinliche Kreativität entfacht, die unmöglich an den Richtern des BGH vorbeigegangen sein kann . . . Er war nicht nur ein Friedenspreisträger im Geiste von Alfred Nobel - er war und bleibt ein großer Deutscher, der Menschlichkeit und Liebe für seine Mitbürger empfand und sie vor dem Krieg bewahren wollte. So wurde er ihr Vorbild. Das alles haben die Richter zugunsten des fatalen Urteils total ausgeblendet.

Aber der Kampf darf und soll nicht zu Ende sein - im Sinne meines Vaters, der 1927 gesagt hat: „Man wird uns verurteilen, heute, morgen, übermorgen, wir werden es hinnehmen, aber unser Stolz wird sein, nicht ‚gebessert‘, sondern nur energischer, schärfer, dichter und zäher zu werden.“

„Musik gegen Rassismus“

Ringveranstaltung mit Workshops, Vorträgen, Diskussionen und Konzerten

„Musik gegen Rassismus“ heißt eine Ringveranstaltung des Faches Musik mit Vorträgen, Workshops, Podiumsdiskussionen und Konzerten. An jedem Montag (Ausnahme; 31. Mai) finden eine oder zwei Veranstaltungen im Kammermusiksaal statt. Den Anfang machte der Initiator der Reihe, der Musikwissenschaftler Prof. Dr. Wolfgang M. Stroh, mit einem Vortrag über Vorstellungen von Musik gegen Rassismus.

Auf dem Programm stehen u.a. Konzepte der interkulturellen Kommunikation im Musikunterricht, Analysen der Musik von Skinheads und ein Bericht von einem Musikprojekt mit Skinheads, sowie ein Workshop mit der Tanz-Trommel-Gruppe KALIFI aus Ghana, ein Konzert mit türkisch-zypriotischer Musik, Produktionen aus dem Fach u.a. (siehe Veranstaltungskalender Seite 8).

„Nonsense“



Nonsense nennt Mario Michalak sein phonomimisches Programm um die Figur des Mario Coltelloni, das am 15. Mai 1993 um 20.00 Uhr im Unikum am Uhlhornsweg gezeigt wird. Hinter diesem Titel verbirgt sich eine Mischung aus kabarettistischem Spiel und Pantomime, gewürzt mit einer Portion Germano-Italienisch. Das Resultat sind hintergründige ernste und komische Szenen, die durch die Verbindung unterschiedlicher Darstellungsformen ihren Reiz erhalten. Eintritt: 12 Mark (ermäßigt 9 Mark). Vorverkauf bei der Markenausgabe im Mensa-Foyer und im Kulturbüro des Studentenwerks neben dem Unikum (Schwimmbad-Passage).

Qigong-Forschung in China

Ein normales Gebiet wissenschaftlicher Tätigkeit an den Hochschulen der Volksrepublik / Seit 1989 auch im Kursangebot des ZWW

Für viele Hochschulangehörige erzeugt das Wort „Qigong“ Nasenrumpfen und den Seufzer „Was ist denn dat?“ Dabei hat schon 1989 die Arbeitseinheit Psychologie im Gesundheitswesen (Fachbereich 5) mit dem Landesverband der AOK Niedersachsen ein Informationsposter zu Qigong* entwickelt, das im gesamten Bundesgebiet ausgegeben wurde. Seit dieser Zeit veranstaltet das ZWW Weiterbildung zum Qigong. Die Interessenten und Interessenten kommen aus dem ganzen Bundesgebiet.

Der Autor hatte im Februar 1993 Gelegenheit, in Peking Einrichtungen zu besuchen, die sich der Erforschung des Qigong widmen. Allein schon die Tatsache der Existenz von Forschungseinrichtungen bringt zum Ausdruck, daß das Qigong ein ganz normales Gebiet wissenschaftlicher Tätigkeit in China ist.

● Im Institut für Qigong-Wissenschaften der Hochschule für Traditionelle Chinesische Medizin (TCM) wird im Grundlagenbereich mit physiologischen Parametern geforscht. Von dieser Hochschule kommen auch die Ärzte, Pharmakologen und Qigong-Therapeuten, die in der Klinik für TCM in Kötzing (Bayerischer Wald) tätig sind. Für den Autor besonders interessant war die Infor-

mation, daß ein postgradualer Studiengang zum Qigong-Lehrer geplant ist.

● Das Institut für Krebsforschung erkundet in einer Langzeitstudie (zehn Jahre) die Auswirkung von Qigong auf den Erkrankungsverlauf von Krebspatienten nach der Operation (Stichwort: Psycho-Onkologie).

● An der Sporthochschule in Peking existiert seit Anfang der 80er Jahre die „Gesellschaft zur Erforschung des gesundheitsfördernden Qigong“. Es handelt sich hierbei um Methoden

des Qigong, die in China in der Prävention, Therapie und Rehabilitation eingesetzt werden. Ein Forschungsschwerpunkt erkundet die Einwirkung von Qigong auf Alterungsprozesse.

* Qigong (sprich: tschigung) basiert auf den Erkenntnissen der Traditionellen Chinesischen Medizin und vereint Selbstregulation, ganzheitliche Psychotherapie, Lebensphilosophie, Haltungs-, Bewegungs- und Atemtherapie, Akupressur und Meditation.

Johann Böltz



Der deutsche Besucher (Mitte) mit seinen chinesischen Gastgebern vor der Pekinger Sporthochschule

FORUM

Zentralisierung und Dezentralisierung

Plädoyer gegen Zentrale Einrichtungen in den technischen Dienstleistungen / Einige Anmerkungen zum HEP-Bericht / von Jürgen Metzger*

Kürzlich wurde der Bericht der Beratungsgruppe des Präsidenten zur „Hochschulentwicklungsplanung“ allgemein zugänglich gemacht und eine Diskussion darüber ausgelöst, die hoffentlich einiges in Bewegung setzt. Ein besonders heißes Eisen ist dabei das Kapitel „Zentrale Dienstleistungen/Infrastrukturbereiche der Universität“. Das Verhältnis zwischen Zentralverwaltung, Zentralen Einrichtungen und Fachbereichen ist von großer Bedeutung für die tägliche Arbeit und das Funktionieren der Universität. Dieses Verhältnis ist offensichtlich nicht in Ordnung. In den Fachbereichen wird über die Hochschulleitung, die Zentralverwaltung und die Zentralen Einrichtungen geschimpft und umgekehrt. Die Beratungsgruppe sieht das auch und will deshalb eine „Betriebsphilosophie“ entwickeln, „die von der Nähe zur Wissenschaft getragen wird ...“, damit „die Universität sich nicht allein in der Kritik an tatsächlichen oder vermeintlichen Mißständen und in gegenseitigen Beschuldigungen erschöpft“. Es werden Vorschläge gemacht, die von folgender Grundannahme ausgehen: „Wissenschaftsnähe in dem hier verstandenen Sinne bedeutet, Service- und Verwaltungskapazitäten dort anzusiedeln, wo sie unmittelbar benötigt werden. Das impliziert auch eine weitreichende Dezentralisierung von Aufgaben in Fachbereiche, Institute und Arbeitsgruppen.“

Es wundert, daß im Verhältnis von Zentrale und Fachbereichen nicht von den jeweiligen spezifischen Aufgaben, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten ausgegangen und geprüft wird, ob diese überhaupt und auf der richtigen Ebene wahrgenommen werden. Es wundert weiter, daß der Unterschied und Widerspruch von Akademischen Selbstverwaltungsangelegenheiten (§ 74 NHG) und Staatlichen Angelegenheiten (§ 75 NHG) nicht beachtet wird. Dafür ein Beispiel. Die Zentrale Einrichtung für wissenschaftlich-technische Ausstattung (ZEFA) und die Zentrale Einrichtung Werkstätten (ZEW) sind für

die naturwissenschaftlichen Fachbereiche von größter Bedeutung. Diese sollen umgestaltet werden, aber Zentrale Einrichtungen bleiben. Dabei wird nicht diskutiert und berücksichtigt, daß ZEFA und ZEW ganz überwiegend Aufgaben der Fachbereiche 7 - 9 ausüben, im Sinne von § 95 Abs. 1 NHG.

Als die Universität 1974 ihren Betrieb aufnahm, wurden die Mitarbeiter im technischen Dienst der experimentellen Naturwissenschaften - damals mit Mathematik der FB IV - in einer zentralen Einrichtung „ZETWA“ zusammengefaßt. Das entsprang den Köpfen der sehr zentralistisch orientierten Gründergeneration, schien damals aber relativ unproblematisch, da sich alle darüber klar waren, daß die ZETWA faktisch zum FB IV gehörte. Denn alles, was zum Funktionieren von Forschung und Lehre in den Naturwissenschaften notwendig war - die technischen Assistenten, die Werkstätten, die Lager u.a., war in der ZETWA gepoolt. 1980 spaltete sich der inzwischen große FB IV in die heutigen Fachbereiche 6 - 9, und 1986 wurde die ZETWA aufgelöst. Das Laborpersonal kam dahin, wohin es gehörte: in die jeweiligen Fachbereiche. Völlig unnötigerweise wurden aber zwei neue zentrale Einrichtungen gegründet: die ZEFA und die ZEW. Damals nahmen die FB 7 - 9 ihre Zuständigkeit nicht wahr, und auf der anderen Seite belastete sich der Senat mit einer Aufgabe, die ihn nicht sehr interessierte. Die Hochschulleitung sah in der Folge immer mehr diese zentralen Einrichtungen - wohl andere auch - quasi als Teil der Verwaltung unter ihrem direkten Zugriff. Übrigens war zu dieser Zeit die Personalentwicklung der ZEFA und ZEW praktisch abgeschlossen. Die Universität entwickelte sich aber weiter. Die Informatik und das ICBM kamen, für die nun die ZEFA und ZEW auch da zu sein hatten und haben, ohne daß diese neuen Bereiche einen Einstand an Personal- und Sachmitteln eingebracht hätten. Kein Wunder, daß in den Köpfen der Mitglieder der naturwissenschaftlichen

Fachbereiche die Vorstellung immer mehr wuchs, daß ZEFA und ZEW „inzwischen den Charakter selbstständiger Institute angenommen haben“. Was ist zu tun? Im Gegensatz zur Beratungsgruppe meine ich, daß keine neu organisierten Zentralen Einrichtungen geschaffen werden sollten. Vielmehr sollten sich die Fachbereiche 7 - 9 ihrer Zuständigkeit wieder bewußt werden und ihre Verantwortung wahrnehmen. Die ZEFA und ZEW sind vom Inhalt ihrer Arbeiten her Teil dieser Fachbereiche. Diese sollen sich einigen und eine oder mehrere gemeinsame Betriebseinheiten bilden (§ 103 NHG). Die Mitnutzung durch die übrigen Fachbereiche wäre durch § 95 Abs. 8 NHG und eine entsprechende Nutzerordnung gesichert.

Im Gegensatz zu ihren Vorschlägen im Hinblick auf die Zukunft von ZEFA und ZEW geht die Beratungsgruppe in ihren Vorschlägen zur Dezentralisierung so weit, daß sie auch Mittelverwaltung und -überwachung, Beschaffungen und teilweise Einstellungen in die Fachbereiche verlagern will. Das wiederum wäre ein großer Fehler, da der in der Universität angelegte Widerspruch von Akademischen Selbstverwaltungsangelegenheiten (§ 74 NHG) und Staatlichen Angelegenheiten (§ 75 NHG) in einer Einheitsverwaltung nicht berücksichtigt wird. Die Wirtschafts- und Personalverwaltung als staatliche Angelegenheit - in der die Universität der Dienst- und Fachaufsicht des MWK unterliegt - darf nur von der Zentralen Verwaltung unter Leitung des Präsidenten wahrgenommen werden. Es wär allerdings sehr gut, wenn die Fachbereiche die Aufgaben, die ihnen durch das NHG zugewiesen sind, konsequent auf Fachbereichsebene bearbeiten und verantworten müßten. Zusätzliche Aufgaben - wie sie die Beratungsgruppe vorschlägt - wären nach der Überzentralisierung eine falsche Dezentralisierung.

* Prof. Dr. Jürgen Metzger ist Mitglied des Fachbereichs Chemie

REFERENDUM DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT

Dem Haß keine Chance

1 Million Stimmen für Doppelte Staatsbürgerschaft

Laut Einigungsvertrag wird zur Zeit das Grundgesetz überarbeitet. Sobald 1.000.000 Stimmen zusammengekommen sind, werden sie der Bundespräsidentin Rita Süßmuth übergeben, um eine entsprechende Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft zu erreichen.

Ich stimme dafür, die Einbürgerung zu erleichtern und die Doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen

Name _____

Straße _____

Ort _____

Unterschrift _____

Zurücksenden an:

Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft
Oranienstraße 25
1000 Berlin 36

Spendenkonto:

Konto-Nr. 640 025 250
Sparkasse Berlin
BLZ 100 500 00

Erststimmen:

Dr. Franz Alt
Rudolf Bahro
Rainer Basedow
Gustl Bayhamer
Jurek Becker
Senta Berger
Ignatz Bubis
Martin Buchholz
Ozan Ceyhun

Dany Cohn-Bendit
Katja Ebstein
Harriet Eder
Prof. Dr. Iring Fetscher
Joschka Fischer
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Attilio Gottfried Forck
Hans-Joachim Friedrichs
Günter Gaus
Götz George
Prof. Dr. Jürgen Habermas
Detlef Henschel
Yilmaz Karahasan
Prof. Dr. Hakkı Keskin
Freya Klier
Manfred Krug
Renate Künast
Ismail Hakkı Kosan
Klaus Lage
Matthias Langhoff
Siegfried Lenz
Heribert Leuninger

Wolf Maahn
Bahman Nirumand
Deniz Olcayto
Jochen Richert
Marianne Rosenberg

Lea Rosh
Udo Samel
Renate Schmidt
Waltraud Schoppe

Prof. Dr. Faruk Sen
Dorothee Sölle
Michael Sontheimer

Prof. Dr. Steffensky
Wolfgang Thiere
Jürgen Trittin

Henning Venske
Dr. Michael Verhoeven

Klaus Wagenbach
Günter Wallraff

Konrad Weiß
Dieter Wunder

Anzeigenverwaltung für das UNI-INFO, das Forschungsmagazin EINBLICKE und das Veranstaltungsverzeichnis der Carl von Ossietzky-Universität:

AHA : HERRMANN

WERBEAGENTUR

BISMARCKSTRASSE 22 · 2900 OLDENBURG

TELEFON 04 41 / 7 44 08 · TELEFAX 7 44 02

Die umweltfreundliche Verpackung der Banane hat uns inspiriert

Baumwolltaschen

1-fbg. bedruckt 1.000 St./p. St. DM **0,99**

officina

Posthalterweg 1 b · 2900 Oldenburg
04 41 / 7 76 60 · Fax 04 41 / 7 76 05

→ Papier- und Plastiktragetaschen auf Anfrage

H. D. OTTEN

Ihre nächste Drogerie und Fotohandlung

Schützenweg 10/12

2900 Oldenburg

Tel. 04 41 - 7 18 87

Atemmeditationen

Eine Brücke zu Selbstbestimmung und Selbsterkenntnis

Einzelessions, Gruppenabende

Information Mo-Fr 9.30-10.00 Uhr

mit Ma Deva Hamido/

Dr. phil. M. Balg

Tel. 01 43 0 50

dialog Übersetzungen

H.C. von Steuber & Partner

FACHÜBERSETZUNGEN

- Wir übersetzen Englisch, Französisch und Spanisch - ins Deutsche und auch umgekehrt
- Zahlreiche Textverarbeitungsformate möglich
- Layout auf Wunsch
- Weitere Sprachen auf Anfrage
- Unsere Spezialgebiete: EDV, Technik, Chemie

Pirolweg 4 · Nähe Hermann-Ehlers-Haus - Oldenburg-Eversten
Tel. (0441) 51370, Fax (0441) 53147

Wie gut sind die Ranglisten der Medien?

Keine Untersuchung des Zustandes der Fachbereiche / Methodisches Verwirrspiel hilft wenig / von Apostolos Kutsupis

Unter der Überschrift „Wie gut sind unsere Universitäten“ präsentierte zunächst der STERN seine Untersuchung u.a. mit dem Anspruch

- „Studenten (zu) helfen, sich zu orientieren“,
- Studienanfängern die Beantwortung der Frage zu erleichtern, „welche Uni ist die richtige für mich?“,
- Informationsdefiziten abzuhelfen, die dazu beitragen, „... daß etwa ein Drittel aller Studenten, (...) ihr Studium abbrechen“.

Eine solche Zielsetzung der sachkundigen Beratung verpflichtet den Sozialforscher mehrfach:

Er muß erstens durch das methodische Design seiner Befragung die Befragten „anhalten“, möglichst fundierte, aktuelle, vor allem aber eigene Einsichten über die Beurteilungsgegenstände (hier: die anderen Fachbereiche bzw. deren bestimmte Qualitäten) zu liefern.

Dieser selbstverständlichen Forderung wird von Kriz und Kollegen in der Anleitung zum Fragebogen durch Hinweise etwa der folgenden Art Rechnung getragen: „Sicher können Sie über eine große Anzahl von Hochschulen hinsichtlich Ihres Faches eine Beurteilung abgeben, weil Sie Kollegen von dort auf Kongressen getroffen haben, weil Ihnen von anderen berichtet wurde“. Und weiter: „Es geht dabei nicht um 'objektive' Daten, sondern um Ihre persönliche Einschätzung“. Es ist schon erstaunlich, was moderne Sozialforschung alles zu leisten vermag: Gefragt wird nach Meinungen aus zweiter und dritter Hand, Kongreßklatsch, oder schlicht nach Vorurteilen, und dieses Material wird dann zu „Orientierungshilfen“ für zukünftige Studenten verarbeitet.

Kriz und Kollegen müssen zweitens von der Annahme ausgehen können, daß die Befragten über hinreichende Informationen zu den gestellten Fragen, und zwar bezogen auf mehrere der angegebenen Universitäten, verfügen. Dies scheint in der Tat für die wissenschaftlichen Berater des STERN eine ausgemachte Sache bei ihrer Untersuchung zu sein, denn: „Im Gegensatz zu Studenten oder Absolventen kennen sich nämlich die Professoren im Uni-Betrieb, auch über die eigene Fakultät hinweg, bestens aus“, formulieren sie im STERN (mit Seitenblick auf die SPIEGEL-Konkurrenz).

Nun weiß aber jeder „Insider des Uni-Betriebes“, daß diese Annahme geradezu absurd ist, wenn es z.B. gilt die Frage zu beantworten: „Wie hoch, schätzen Sie, ist das Ausmaß (von anderen Fachbereichen, d.V.) eingeübter Drittmittel?“ Tatsächlich würden 90 % der Lehrenden diese (aber auch andere viel elementare!), die Ausstattung der Kollegen betreffende Frage(n) nicht einmal für Fachbereiche der eigenen Universität beantworten können.

Befragte haben eigene Interessen im Blick

Allerdings: wer die Maßstäbe der Fundierung der von ihm erbeuteten (Sach)Urteile so locker anlegt (s. oben), der braucht sich auch nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ob seine Fragen den Informationshorizont der Befragten überfordern. Folgerichtig werden denn auch die Befragten animiert: „Geben Sie also bei jeweils möglichst vielen Hochschulen Ihre persönliche Einschätzung ab“. Eine letzte Hemmschwelle soll es allerdings für die befragten Professoren geben: „Nur wenn Sie wirklich überhaupt kein 'Bild' von Ihrem Fach an einer bestimmten Hochschule haben, lassen Sie das Kästchen im Antwortblatt frei“. Allein der sich daraus ergebende Umkehrschluß spricht Bände.

Selbst wenn die beiden ersten

Voraussetzungen als erfüllt angesehen werden können (wenn also nach fundierten (Sach)Urteilen gefragt wird und ein den Fragen adäquater Informationshorizont der Befragten vorausgesetzt werden kann), muß der Sozialforscher von der weiteren Annahme ausgehen können, daß eine repräsentative Mehrheit der Befragten die ihnen verfügbaren Informationen auch hinreichend „objektiv“ verarbeiten und vermitteln wird.

Abseits aller Anzüglichkeiten, die sich in diesem Zusammenhang aufdrängen (aus gutem Grund steht der Professoren-Stand nicht gerade in dem Ruf, frei von Eitelkeiten zu sein), kommt man nicht umhin darauf hinzuweisen, daß der Blick der hier Befragten grundsätzlich von Interessen getrübt ist: mit jeder Beurteilung anderer Fachbereiche bringt man sich selbst (im Rahmen einer Rangliste im wahrsten Sinne des Wortes) in Position. Was dies im Zeichen von scharfen Verteilungskonflikten, von Bemühungen einer marktwirtschaftlichen Organisation des Hochschulbetriebs etc. - abseits aller Eitelkeiten - bedeutet, kann man auch aus der Kommentierung der Untersuchung durch Kriz selbst entnehmen: „Vielmehr geht es bei dieser Untersuchung um die Einschätzung von Professoren über Studiengänge und Fachkollegen an den jeweils anderen Universitäten. Um jenes Wissen, das zwar im Hintergrund wirkt, aber im akademischen Betrieb Stellenvergaben, Karrieren, Fördermittel (...) beeinflußt“.

Schwammige Begriffe und persönliche Urteile

Vor einem solchen methodischen Hintergrund ist nun ein wirklich mutiger Mann, wer bei der Präsentation seiner Untersuchungsergebnisse zufrieden feststellt: „Wir haben Daten mit hoher Aussagekraft“. Die Frage für den Leser lautet nur: „Aussagekraft“ worüber?

In der Tat scheint der Status der erbetenen Professoren-Antworten auch Kriz Bauchschmerzen zu bereiten, was sich plastisch in den auffallend schwammigen Begriffen des Fragebogens ausdrückt: Die Antworten sollen einerseits auf „Informationen“ basieren, wobei es sich aber „nicht um objektive Daten, sondern um persönliche Einschätzungen“ handelt. Dessen ungeachtet sollen diese Antworten für Ratsuchende „Hinweise“ darstellen „über gute oder nicht so gute Hochschulen“, und zwar Hinweise, die auf „Kenntnis“ basieren.

Die Unschärfe setzt sich auch in der Präsentation der Ergebnisse im STERN fort und gerät bisweilen zur schlichten Inkonsistenz: „Die erhobenen Daten betreffen nicht in erster Linie offiziell (?) Abzählbares, wie Studentenzahlen, Examensnoten, oder Drittmittel in DM-Beträgen“, heißt es dort. Da stutzt der Leser: ein Paar Seiten davor liest man über den (angeblichen) Informationsstand der Professoren: „... Stipendien und Drittmittel (der Kollegen werden) aufmerksam registriert ...“.

Und überhaupt: warum sind Ausstattung (Personal + Sachmittel) und Drittmittel nicht abzählbar? Abzählbar sind sie schon, allerdings sind sie in der STERN-Untersuchung nicht abgezählt, sondern lediglich „eingeschätzt“ - mangels Information der Befragten.

Aus dieser mißlichen Lage herauslanciert nun Methodiker Kriz den Befreiungsschlag: „Spätestens seit der Philosoph Epiket vor bald 2000 Jahren formuliert: 'Nicht die Dinge selbst, sondern die Meinungen von den Dingen beunruhigen den Menschen', sind auch Meinungen als Daten anerkannt.“ Auf die Untersu-

chung bezogen heißt dies im Klar-Text: Wir haben nicht den Zustand westdeutscher Fachbereiche untersucht, sondern Professoren-Meinungen über diesen Zustand zusammengetragen, und zwar unbeschadet der sachlichen Fundierung dieser Meinungen.

Man kann natürlich als Sozialforscher Vorurteilsforschung betreiben, nur: Man kann die Ergebnisse solcher Forschung unmöglich unter der Überschrift „Wie gut sind unsere Universitäten?“ zusammenfassen und schon gar nicht als „Orientierungshilfen“ zukünftigen Studenten feilbieten. Darauf, ob ein Student sein Studium in Bremen vorzeitig abbricht, hat vielleicht der (tatsächliche) Zustand der dortigen Bibliothek Einfluß, nicht aber das „Bild“, das ein Professor in München von diesem Zustand hat.

Auch der SPIEGEL mit falschem Anspruch

Die STERN-Rangliste ist als Konkurrenzprodukt zur SPIEGEL-Rangliste entstanden, und so wurden denn auch beide von der Öffentlichkeit - ganz im Geiste ihrer Schöpfer - diskutiert, sozusagen im Sinne einer Rangliste der Ranglisten. Auch dazu einige Anmerkungen. Prüft man die 18 Fragen, die 10.637 Studenten von 15 Fachbereichen in 49 Universitäten zu beantworten hatten, so wurden die Studenten nach ihrer Beurteilung der Studienbedingungen innerhalb der (eigenen) Universität gefragt. Dies ist eine (im Hinblick auf die Nachvollziehbarkeit der Antworten und im Vergleich zur STERN-Umfrage) zweifelsohne seriöse Erhebung, denn:

- die Befragten mußten eigene, aktuelle Einsichten über die Beurteilungsgegenstände liefern;
- die Annahme ist begründet, daß die Studenten auch tatsächlich über hinreichende Informationen zu den gestellten Fragen verfügten;
- ein grundsätzlich-strukturelles Interesse der Befragten, die Antworten in diese oder jene Richtung zu „färbten“, ist nicht erkennbar.

Die durchaus solide Anlage der SPIEGEL-Erhebung wurde leider durch die Präsentation bzw. Interpretation der Ergebnisse weitgehend zunichte gemacht:

- Bei der methodischen Erläuterung ihrer Umfrage (Überschrift: „Noten für die Professoren“) behaupten die SPIEGEL-Experten, die Studenten hätten über die „Ware Hochschullehre“ geurteilt. Dies suggeriert dem Leser, es ginge dabei ausschließlich um die Beurteilung von Hochschullehrern, was angesichts der 18 Fragen (Beispiel: „Stehen ausreichend viele Arbeitsplätze in den Labors zur Verfügung?“) nicht richtig ist.
- Völlig abwegig ist die Gesamtinterpretation der Ergebnisse, wie sie im Titelblatt zum Ausdruck kommt: „Welche Uni ist die beste?“ Unabhängig davon, wie man die einzelnen Aufgaben einer Universität definiert und gewichtet, können die Antworten auf 18 Fragen, in denen (methodisch durchaus vernünftig!) keine z.B. die Forschung betrifft, unmöglich unter dieser unangemessen anspruchsvollen Überschrift zusammengefaßt werden.

● In dem gleichen Zusammenhang steht der nächste kritische Punkt: Der SPIEGEL offeriert seinen Lesern eine „Rangliste“, die auf dem Urteil von mehr als 10.000 Studenten beruht. Ohne methodische Feinheiten zu strapazieren, muß man klarstellen: die befragten Studenten konnten keine Rangliste aufstellen, weil sie auch nicht zwischen Fachbereichen zu vergleichen hatten. Es ist übrigens genau diese Beschränkung auf die Studienbedingungen im eigenen Fachbereich, die dem Studenten-

Urteil seine Dignität gibt. (Zur Rangliste haben sich die SPIEGEL-Experten vorgearbeitet, und zwar über eine methodische Eselsbrücke, nämlich die Schulnoten, die die befragten Studenten vergeben mußten, samt dem Umgang mit diesen Noten. An dieser Stelle kann man die Brücke getrost den überlassen, die sie gebaut haben).

Einer Versuchung konnten beide Ranglisten-Produzenten nicht widerstehen: ihre vielfach selbstgespielten „Daten“, deren Erhebung eindeutig auf einzelne Fachbereiche konzipiert war, dann doch zu Ranglisten der Universitäten zu mixen. Von der Wertigkeit der einschlägigen Mischnungsverfahren mal ganz abgesehen, sollte man einen Gedanken auf den Sinn dieser Gesamt-Ranglisten verschwenden: Welche Orientierungshilfe soll etwa der (zukünftige) Oldenburger Mathematik-Student aus dem immerhin laut SPIEGEL-Liste passablen 19. Rang der Universität ziehen, wo doch „sein“ Fachbereich auf Platz 47 landet? Der zu erwartende triviale Hinweis, er möge sich doch an der Fach-Rangliste orientieren, stellt erst recht die Frage nach dem Sinn und dem Adressaten der Uni-Ranglisten.

Adressat ist natürlich eine Leserschaft, die spannenden Stoff, griffige Formulierungen, womöglich noch in plastische Bilder komprimierte „Information“ (Arbeitgeber und ihre Personalchefs lesen auch STERN und SPIEGEL) braucht. Da passen Markierungen wie „Spitzenreiter“ und „Sieger“ ganz ausgezeichnet.

An dieser Stelle entfalten aber auch solche Ranglisten (gleichsam unabhängig von ihrer Qualität) ihre materielle Wirkung. Dazu Kriz selbst: „Wenn in unserer Untersuchung zum Beispiel die Rechtswissenschaften in Bremen hartnäckig im untersten, die in München im obersten Bereich der Bewertungen rangieren, ist dies ein Faktum mit Folgen. Denn: haben Studenten und Mitarbeiter, die von der einen oder anderen Uni kommen, bei gleichen Noten wirklich gleiche Karriere-Chancen?“

Viele Muster in einem chaotischen Bild

Die sehen auch die von den Ranglisten Betroffenen so und reagieren, fast möchte man sagen, den Listen entsprechend: der Rektor der (lt. SPIEGEL-Wettbewerb) „Sieger-Universität“ lud per Fax zur Jubiläumspressekonferenz ein. Die Vertreter der „Verlierer“ erklärten (zu Recht) die Umfragen für wertlos, zogen gelegentlich (unerlaubte) Umkehrschlüsse und jammerten vor allem. Schließlich fiel dem verantwortlichen Senator in Hamburg nichts Besseres ein, als die eigene Universität wegen ihrer „Jammerei“ für das schlechte Ergebnis verantwortlich zu machen.

Es ist schier unmöglich, die vielen

Muster in diesem chaotischen Bild zu sortieren. Einige Anmerkungen zu den Reaktionen der „Verlierer“ der STERN-Umfrage (dies waren vor allem die kleinen, jüngeren Universitäten), aber auch der lokalen Presse, die „mitleidet“, möchte ich mir doch erlauben. Dabei habe ich vor allem folgende Reaktionsmuster (die nicht jeweils wörtlichen Zitaten entsprechen) im Auge:

- „Auswärtige Kollegen wissen nicht, was in anderen Fachbereichen passiert. Unsere Professoren sind so schlecht nicht“. Wer „so schlecht nicht“, also „besser“ ist (in einer Rangliste wohlgerne), beansprucht eben einen höheren Platz in dieser und verweist andere auf einen schlechteren. Die Frage ist nur: woher und wieso hat man selbst den besseren Durchblick auf andere Universitäten?“

Natürlich bedurfte es nicht unbedingt einer STERN-Rangliste, um solche Fragen zu thematisieren. Aber vielleicht ist der fünf Tage kurze „Schock“ (vom STERN-Donnerstag bis zum SPIEGEL-Montag) ein Anlaß dazu. Dann wären die Ranglisten etwas wert gewesen.

- „Selbst das Establishment der alten Universitäten mußte die Qualität unseres Fachbereichs X anerkennen“. Aus einer Umfrage, die man als methodisch unzulänglich erklärt hat, kann man unmöglich einzelne gute Ergebnisse herauspicken.

- „Die SPIEGEL-Umfrage zeigt, daß die Qualität unserer Lehre gut ist. Unverständlich, daß dabei der Fachbereich Y gegenüber einer früheren Umfrage so schlecht abschneidet“. So schlecht man „Rosinen“ herauspicken kann, so wenig kann man „Nieten“ in den Bereich des „Unverständlichen“ verweisen und damit ausblenden. Und unerklärliche dramatische Verschlechterungen einzelner Ergebnisse bilden kurze Zeiträume machen nicht nur diese (unangenehmen) Ergebnisse, sondern das Verfahren insgesamt (also auch die angenehmen Ergebnisse) fragwürdig.

Ranglisten: Nur Mode oder zukunftsweisend?

Nun kann man zu Recht anmerken, daß solche Feststellungen wirklich Binsenweisheiten darstellen; die Frage ist nur, warum (z.T. einschlägig) qualifizierte Leute dagegen verstößen. Überhaupt hat man das Gefühl, daß (um Adorno zu paraphrasieren) die negativ Betroffenen auf diese Umfragen und Ranglisten pfeifen - nur: sie pfeifen deren Melodie; oder anders ausgedrückt: Man hat das Spiel als faul erkannt, man möchte aber trotzdem weiter (vielleicht aus einer besseren Position) mitspielen.

Spätestens an diesem Punkt sollten die sog. jungen Universitäten den oberflächlichen Lärm um die Ranglisten zum Anlaß nehmen, über ihre grundsätzliche Positionierung in kommenden schweren Zeiten grundsätzlich nachzudenken. Dazu ein paar Fragen, um anzudeuten, was damit gemeint ist:

- Was bedeutet die Anhäufung solcher Ranglisten hierzulande? Haben wir es nur mit einer „Mode“, einem „Hobby der Medien“ - wie zu lesen war - zu tun, oder ist sie die Ankündigung einer bevorstehenden Ausrichtung der Universitätslandschaft auf eine konkurrenzwirtschaftliche Struktur, mit allen Konsequenzen im Innen- wie im Außenverhältnis?

Will man sich in den Markt begeben und dann eine wie immer geartete

„Marktfairness“ oder gar „Übergangs-“ und „Schutzbestimmungen“ einklagen? Und: Mit welchen (Macht) Ressourcen will man Marktkämpfe aufnehmen, wenn es sich herausstellen sollte, daß auch für diesen Markt „Fairness“ keine relevante Kategorie ist? Wie würde man in diesem Falle den materiellen wie immateriellen Vorsprung der alten Universitäten einschätzen?

- Wie stellt man sich als junge, etwa 20 Jahre alte Universität diese Konsequenzen im Außenverhältnis (d.h. natürlich vor allem: hinsichtlich der Ressourcenverteilung) vor?

Will man sich in den Markt begeben und dann eine wie immer geartete „Marktfairness“ oder gar „Übergangs-“ und „Schutzbestimmungen“ einklagen? Und: Mit welchen (Macht) Ressourcen will man Marktkämpfe aufnehmen, wenn es sich herausstellen sollte, daß auch für diesen Markt „Fairness“ keine relevante Kategorie ist? Wie würde man in diesem Falle den materiellen wie immateriellen Vorsprung der alten Universitäten einschätzen?

- Wie stellt man sich die Konsequenzen der Konkurrenzzwänge im Innenverhältnis vor, etwa für weniger „markteffiziente“ Betriebsteile“, sprich Fachbereiche?

● Wie schätzt man dabei die Rolle des Staates ein? Entspricht seine scheinbare Bereitschaft zur Autonomisierung der Hochschulen später

Einsicht für alte Forderungen gleichen Namens, oder dem Wunsch, sich Alimentationspflichten (gerade gegenüber jungen und noch entwicklungsbedürftigen Universitäten) zu entledigen?

**C
Z
Weiter
ben Si
e.V.,
2000**

A,

